

# «Warnung der SNB war kontraproduktiv»

FDP-Präsident Philipp Müller kritisiert das Vorgehen, wie die Nationalbank über den Zustand von UBS und CS informiert hat. Er teilt aber die Einschätzung, dass diese rasch mehr Eigenkapital aufbauen müssen

**NZZ am Sonntag:** Während Europa um seine Banken und den Euro bangt, hat der Nationalrat diese Woche anderthalb Tage lang über die Revision des Asylgesetzes diskutiert. Stimmen die Prioritäten?

**Philipp Müller:** Wir müssen das eine tun und das andere nicht lassen. Der Asylbereich ist nicht unser drängendstes Problem, aber die Missstände dort sind ein grosses Ärgernis, das wir endlich beheben müssen. Zweitens nützt es herzlich wenig, wenn das Parlament über Wechselkurse und geldpolitische Fragen debattiert, zu denen es gar nichts zu sagen hat.

*Zu den wirklich wichtigen Fragen hat das Parlament demzufolge gar nichts zu sagen?*

Die Geldpolitik ist kein politisches Thema. Die Kompetenz liegt bei der Nationalbank (SNB), und dort soll sie auch bleiben. Ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen, als dass das Parlament eines Tages selber den Wechselkurs bestimmt. Die Politik soll nur das Signal geben, dass sie der Nationalbank vertraut und ihre Unabhängigkeit nicht antastet.

*Auch wenn die Interventionen teurer werden und das Inflationsrisiko steigt?*

Die Nationalbank kennt die Risiken. Sie wird diese einkalkulieren und etwa darauf achten, dass die Teuerung im Rahmen bleibt. Doch die Euro-Untergrenze ist für die Wirtschaft essenziell: Die Firmen müssen wissen, mit welchem Kurs sie rechnen können.

*Die Nationalbank hat diese Woche mit der Warnung für Aufsehen gesorgt, die Grossbanken seien knapp an Eigenkapital. Die CS-Aktien verloren darauf zeitweise über 10 Prozent an Wert. Ist das die Rolle der SNB?*

Ich habe mich über die Kommunikation der SNB gewundert. Ich frage mich: Wurde das zuvor mit den Banken besprochen? Hat zuvor die Finanzmarktaufsicht als Regulator vergeblich interveniert? Aus welchem Grund schaltet sich die SNB so offensiv ein? Jedenfalls hat die Warnung im Fall der Credit Suisse zu einem Kurssturz und einer gigantischen Wertverminderung an der Börse geführt. Auch wenn sich die SNB zur Ausschüttung von Dividenden äussert, übernimmt sie eine gewisse Verantwortung. Die CS muss selber wissen, ob ihre Dividendenpolitik intelligent ist.

*Schadet der Weckruf mehr, als er nützt?*

Ein Kurssturz führt zu einer Minderbewertung und schmälert demzu-

**«Ich bin froh, dass wir das Gesetz verschärft haben und nun von den Banken mehr hartes Eigenkapital verlangen.»**



«Banken sollen ihre Situation schneller verbessern, als es der Fahrplan vorsieht»: FDP-Präsident Müller. (Bundeshaus, 15. Juni 2012)

folge auch das Eigenkapital. In diesem Sinn war die Warnung der SNB kontraproduktiv. Mir ist nicht klar, wieso sie derart plakativ interveniert hat.

*Hat die SNB denn in der Sache nicht recht? Oder einfach gefragt: Sind die Grossbanken nicht immer noch ein Risiko für die ganze Wirtschaft?*

Heute und jetzt muss ich sagen: Angesichts der EU-Bankenkrise sind sie es. Die Banken müssen ihre Risi-

ken und Kosten inklusive Boni weiter senken – das ist zudem das beste Mittel gegen die Minder-Initiative.

*Also müssten die Banken schneller Reserven aufbauen?*

Die Politik hat den Rahmen hier klar abgesteckt, international mit der Bankenregulierung «Basel III», national mit der Too-big-to-fail-Vorlage. Ich bin froh, dass wir dieses Gesetz verschärft haben und nun mehr hartes

## Nationalbank

### Politiker sind alarmiert

Die ungewöhnliche Warnung der Nationalbank (SNB) an die Adresse von UBS und Credit Suisse hat auch in der Politik für Aufregung gesorgt. SVP-Nationalrat Christoph Blocher hatte schon kurz nach der Publikation des SNB-Stabilitätsberichts am Donnerstag gesagt, die Forderung der SNB sei richtig. Man wisse, dass die CS noch zu schwach kapitalisiert sei, sagte er dem «Tages-Anzeiger». Die Linke stimmt dieser Einschätzung zu. Die Grossbanken hätten offensichtlich den Ernst der Lage noch nicht erkannt, kritisiert SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Statt endlich Risiken ab- und Reserven aufzubauen, lobbyierten sie hinter den Kulissen weiterhin gegen die Regeln, die ihnen die Politik

vorgebe. Leutenegger Oberholzer stellte darum den Antrag, dass die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrates nächste Woche SNB-Präsident Thomas Jordan einlädt, damit er die Situation und die Gefahren erklären könne. Doch damit drang sie nicht durch. WAK-Präsident Christophe Darbellay teilte ihr am Samstag mit, er könne so kurzfristig nicht mehr handeln. Dagegen protestierte Leutenegger Oberholzer umgehend. Ob es nun doch noch zu einer Diskussion kommt, wird sich am Montag zeigen. Viele Politiker wollen nicht nur wissen, wie heikel die Kapitalisierung der Grossbanken ist, sondern auch, wieso die SNB solch heikle Informationen bereits vorab Journalisten zukommen liess. (dli.)

**«Wollen Auns und Juso die Abgeltungssteuer bekämpfen – nur zu! Ich freue mich darauf, zu gewinnen.»**

Eigenkapital und eine nicht risikogewichtete Verschuldungsgrenze verlangen. Diese Massnahmen sind bis 2018 umzusetzen, hier sind die Banken auf Kurs. Fakt ist aber auch: Gemessen an diesem neuen Massstab sind die Banken noch weit vom Ziel entfernt.

*UBS und CS sind anderer Meinung.*

Wichtiger als Stellungnahmen sind die Zahlen. Die Banken sollen ihre Situation schneller verbessern, als es der Fahrplan vorsieht. Als wir die Too-big-to-fail-Vorlage erarbeitet haben, war der Sturm, der nun droht, noch weniger dramatisch. Selbst wenn Griechenland am Sonntag europafreundlich wählen sollte, ist die Krise längst nicht ausgestanden.

*Die SNB hat gewisse Kreise, unter anderem Journalisten, über ihre Warnung bezüglich der Grossbanken mit Sperrfrist schon am Montag vorinformiert. Ist das zulässig?*

Dieses Vorgehen ist brandgefährlich, Sperrfrist hin oder her. Wenn es um börsenrelevante Informationen

## Philipp Müller

Der 60-jährige Aargauer ist seit April Präsident der FDP. Müller gehört seit 9 Jahren dem Nationalrat an, in dem er sich vor allem in der Asyl- und der Wirtschaftspolitik einen Namen gemacht hat. Sein Ziel als Parteipräsident ist es, die FDP als bodenständige Volkspartei zu positionieren, «auf die man stolz sein kann». Müller arbeitet als Generalbauunternehmer, er ist geschieden, hat drei Töchter und wohnt in Reinach (AG).

geht, darf man nicht so verfahren. Das ist verheerend.

*Hat die Nationalbank ein Kommunikationsproblem?*

Ich kenne die Details zu wenig. Aber ich staune schon über diese Informationspolitik der SNB. Sie muss doch wissen, welche Folgen ihre Äusserungen haben können. Dort arbeiten doch Profis.

*Gewarnt hat die SNB auch vor einer Überhitzung am Immobilienmarkt. Wie schätzen Sie derzeit die Lage ein?*

Die Situation ist noch nicht so dramatisch wie Anfang der neunziger Jahre. Die Preisexzesse konzentrieren sich stark auf nachfragestarke Gebiete, wie die Goldküste oder grössere Agglomerationen. Aber wir müssen vorsichtig sein: Die Banken müssen sorgfältiger prüfen, dass sie nicht Kredite für überhissene Preise gewähren. Und alle, die jetzt Hypotheken aufnehmen, sollten diese mit hartem Eigenkapital unterlegen. Ich bin dagegen, dass man das Eigenkapital für den Erwerb von Wohneigentum ausschliesslich mit Pensionskassengeldern finanzieren kann. Die Leute riskieren damit langfristig ihre Rente.

*Fürchten Sie nicht, dass die tiefen Zinsen den Markt weiter anheizen?*

Wenn wir nur das Inland anschauen, müsste die SNB die Zinsen schon lange erhöhen. Aber das geht nicht, weil damit der Franken gestärkt würde. Es ist eine widrige Situation. Darum ist es richtig, dass der Bundesrat und die Banken die Richtlinien für Hypotheken verschärft haben.

*Der Finanzplatz wird wohl bald auch das Stimmvolk beschäftigen. Die Auns hat das Referendum gegen die Abgeltungssteuer mit Deutschland, England und Österreich ergriffen, auch die Jungsozialisten treten dagegen an.*

Ich sehe keine andere Möglichkeit als die Abgeltungssteuer, um die Altlast der un versteuerten Vermögen auf dem Finanzplatz endlich zu beseitigen. Wenn nun die Auns und die Juso dagegen kämpfen wollen – nur zu! Sie werden dem Volk erklären müssen, warum sie ausländische Steuerdelinquenten schützen wollen. Ich freue mich darauf, zu gewinnen.

Interview: Stefan Bühler, Daniel Friedli